Nr. 80. 7. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo" erscheint täglich, außer Montags. Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt") beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 2795) ohne Bringegeld vierteljährl. ℳ 4,20; durch die Kolportöre wöchentl. 36 ₰ frei in's Haus. Verantwortlicher Redaktör: Gustav Stengele in Hamburg.

Donnerstag, den 6. April 1893.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet. Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämmtl. Annoncen-Büreaus. Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Hierzu eine Beilage.

Zur Heimstättenfrage.

□ Unter den dem Reichstage vorliegenden, noch ihrer Erledigung harrenden Initiativ-Anträgen befindet sich auch der des deutsch-konservativen Abgeordneten Grafen v. Dönhoff-Friedrichstein und seiner Fraktionsgenossen, betreffend Erlaß eines Heimstättengesetzes für das Deutsche Reich.

Zum ersten Male lag dieser Antrag im Jahre 1890 vor. Er gelangte damals nicht zur Verhandlung. Als er dann in der Session 1891/92 wieder eingebracht worden war, passirte er die erste Lesung und wurde einer Kommission zur Vorberathung überwiesen; doch verhinderte der alsbaldige Schluß der Session seine Erledigung. Jetzt liegt er zum dritten Male vor. Die Konservativen wollen Anstrengungen machen, ihn in der laufenden Session nach den Osterferien zur Erledigung zu bringen. Ob das gelingen wird, erscheint allerdings sehr zweifelhaft; wahrscheinlich dürfte man auch diesmal wieder damit nicht über die erste Lesung hinauskommen.

Inzwischen ist die Heimstättenfrage durch gründliche Erörterungen bedeutend geklärt worden. Die Antragsteller wollen folgende Bestimmungen gesetzlich festgelegt wissen:

Jeder Angehörige des Reiches hat nach vollendetem 24. Lebensjahre das Recht, eine Heimstätte zu errichten. Die Größe einer solchen darf die eines Bauernhofes nicht übersteigen. Sie muß wenigstens einer Familie Wohnung gewähren und die Erzeugung landwirthschaftlicher Produkte ermöglichen. Der Besitz einer Heimstätte darf nur zur Hälfte des Werthes verschuldet sein und zwar nur mit Renten. Die Grundbücher sind gegen neue Verschuldungen geschlossen. Die Heimstätte unterliegt nur dann der Pfändung, bezw. der exekutiven Eintreibung der Schulden und ihren Folgen, wenn die Forderungen aus der Zeit vor Errichtung der Heimstätte stammen und seit letzterer nicht drei Jahre verflossen sind; wenn sie rechtskräftige Ansprüche von Lieferungen zur Errichtung der Heimstätte betreffen, und wegen rückständiger Steuern und Renten. Die Heimstätte ist untheilbar und geht nur auf einen Erben über. Die Uebertragung bei Lebzeiten ist nur mit Zustimmung der Frau des Besitzers gestattet.

Diesem „sozialreformatorischen" Projekt des Konservatismus liegen höchst bedenkliche reaktionäre Erwägungen zu Grunde. Mit den Heimstätten glaubt man dem besonders in Ostpreußen für die Großgrundbesitzer immer fühlbarer werdenden Mangel an ländlichen Arbeitern begegnen, der stetig größere Dimensionen annehmenden Auswanderung dieser Arbeiter einen Damm entgegensetzen und damit zugleich „einen Hauptwall gegen das Uebertreten der Sozialdemokratie auf das flache Land" schaffen zu können. Man möchte die ländlichen Arbeiter „wieder seßhaft machen", d. h. sie im Interesse des großen Grundherrn, damit dieser jederzeit über billige Arbeitskräfte verfügen kann, mit Weib und Kind an die Scholle fesseln.

Diese Absicht haben die Antragsteller in der Begründung ihres ersten Antrages ganz unumwunden ausgesprochen. Erst hat das Junkerthum durch seine Latifundienwirthschaft den selbstständigen Kleinbauernstand vernichtet, die Bauern von ihrem Grund und Boden verdrängt, sie zu ländlichen Proletariern gemacht. Dann hat es diese Proletarier in rücksichtslosester Weise ausgebeutet, sie auf die tiefste Stufe menschlicher Existenz herabgedrückt und sie so veranlaßt, ihr Heil in der Auswanderung zu suchen. Jetzt will dasselbe Junkerthum, welches über riesigen Latifundienbesitz verfügt, der aus ehemaligem kleinbäuerlichen Besitz zusammengeschlagen ist, die Proletarier durch ein „Heimstättengesetz" in eine neue Art von Hörigkeit bringen. Der Grundbesitzer, der Land zu „Heimstätten" hergiebt, gewinnt damit seßhafte Arbeiter. Im Jahre 1889 gab der Zentrallandschaftsdirektor Sombart in einer Versammlung der Agrarier dem Gedanken Ausdruck: Man müsse die Arbeiter in den Besitz eines Hauses und eines „Lappen Landes von zwei bis vier Morgen bringen", um sie seßhaft zu machen. Und bei derselben Gelegenheit meint ein Herr v. Knebel-Friedrichsdorf: Wenn erst 2—300 000 Häusler geschaffen wären, die ein eigenes Häuschen und ein oder zwei Morgen Land besäßen, so sei der fluthenden Menge der Arbeiter ein fester Halt geboten; die großen Güter könnten nur dabei gewinnen, wenn ein bis zwei Prozent ihres Ackerlandes ihnen abgekauft würden für Kolonisation.

Freilich! Verlieren kann der Grundherr nach den Gesetzesvorschlägen des Abgeordneten v. Dönhoff-Friedrichstein und Genossen bei Hergabe von Land zu Heimstätten nichts. Der Gesetzentwurf läßt sich die Sicherung der dem Grundherrn zu zahlenden Rente ebenso angelegen sein, wie die Fesselung des Arbeiters an die Scholle. Was bleibt dann dem Arbeiter, der auf dem Boden eines großen Gutsbesitzers eine Heimstätte gewinnt, Anderes übrig, als dem „gnädigen Herrn" dienstwillig zu sein? Auf diese Weise hofft man die Freizügigkeit für große Kreise der ländlichen Arbeiterbevölkerung illusorisch machen zu können.

In seiner kürzlich stattgehabten 21. Plenarversammlung hat nun auch der deutsche Landwirthschaftsrath Stellung genommen zur Heimstätten-Frage. Ministerialrath Buchenberger-Karlsruhe erstattete dazu ein sehr eingehendes Referat, in welchem das Ergebniß der Berathungen der landwirthschaftlichen Zentralvereine mitgetheilt wird. Dieses Ergebniß ist dem Gesetzentwurf durchweg nicht günstig.

Der Landwirthschaftliche Zentralverein für den Regierungsbezirk Kassel bezweifelt, daß ein Heimstättenrecht, wie vorgeschlagen, irgend welche Aussicht auf Verwirklichung hat, denn: „der Bauer hat einen Widerwillen, sich Zwangsgesetzen zu unterwerfen".

Die Königliche Landwirthschaftliche Gesellschaft zu Hannover erklärt, ein Heimstättengesetz nicht als Bedürfniß ansehen zu können.

Ebenso sprechen sich der ostpreußische landwirthschaftliche Zentralverein und der landwirthschaftliche Verein für Rheinpreußen, ferner das Direktorium des landwirthschaftlichen Zentralvereins der Provinz Sachsen, der landwirthschaftliche Zentralverein für Schlesien 2c. gegen den Gesetzentwurf aus. Letzterer betont, das Gesetz werde „nur neue Objekte für unsaubere Spekulation und wucherische Ausbeutung" schaffen.

Die Direktion des Schleswig-Holsteinischen Landwirthschaftlichen Generalvereins vertritt die Meinung, „daß ebensowenig, wie von dem Gesetz über das Höferecht, von etwaigen gesetzlichen Bestimmungen über das Heimstättenrecht in der Provinz Schleswig-Holstein Gebrauch gemacht werden würde".

In sehr scharfer Weise wird in den Berichten aus Baiern der Entwurf zurückgewiesen und als unannehmbar für die baierischen Grundbesitzer bezeichnet. Auch der Ehrenpräsident der baierischen landwirthschaftlichen Vereine, Prinz Ludwig, nimmt eine entschiedene Stellung gegen ein wie immer gestaltetes Heimstättenrecht ein. Er hält die in dem Gesetzentwurf gemachten Vorschläge „für im höchsten Grade gefährlich und bedenklich", und zwar aus eben denselben Gründen, die für diese Vorschläge geltend gemacht werden.

Aus dem Berichte des landwirthschaftlichen Kreiskomites für Oberfranken möge folgende bemerkenswerthe Stelle hier Platz finden:

„Wie sich seither aus dem Bauernstande heraus keinerlei Verlangen nach einem solchen Gesetz kund gab, so darf angenommen werden, daß, wenn gleichwohl ein Heimstättengesetz erlassen würde, dasselbe keinen Eingang in den Bauernstand finden würde. Denn der bereits überschuldete Grundbesitzer könnte von einem solchen Gesetze keinen Gebrauch machen; der schuldenfreie und mäßig belastete Bauer aber würde es weit von sich weisen, sich unter ein Gesetz zu stellen, das nach Art der römischen capitis diminutio ihn zum Bauer zweiter Klasse machte, ihm die so hoch gehaltene Freiheit des Besitzes und des Willens entzöge. Der oberfränkische Bauer ist, wie jeder echte Bauer, stolz, stolz auf seinen Besitz und auf die Freiheit, über denselben zu verfügen. — Grade in der fakultativen Eigenschaft eines Heimstättengesetzes, in der Möglichkeit, dasselbe auf sich anwenden zu lassen oder nicht, liegt die Gefahr einer unheilvollen Entwicklung des Landgemeindelebens. Es würde in einer Gemeinde, in welcher von dem Heimstättengesetz in einzelnen Fällen Gebrauch gemacht würde, sich rasch ein Gegensatz von Vollbauern und nicht mehr vollgültigen Bauern herausbilden; jene würden mit Geringschätzung auf die „Heimstättler" herabblicken und würden dieselben von allen Gemeindeämtern und sonstigen Ehrenstellen fernzuhalten suchen." Weiterhin giebt der Bericht der Ansicht Ausdruck: wer vom Heimstättengesetz Gebrauch mache, der nehme eine freiwillige theilweise Entmündigung vor.

Abweisend lauten ferner die Berichte aus Sachsen, Baden, Oldenburg, Meklenburg, Braunschweig, Anhalt und den übrigen deutschen Staaten. Uebereinstimmend tritt in allen Berichten die Meinung hervor, daß das projektirte Heimstättenrecht unter allen Umständen absolut wirkungslos bleiben werde.

Danach ist an dem Schicksal des Gesetzentwurfs nicht zu zweifeln; derselbe wird nicht Gesetz werden.

Von der Weltbühne.

Militärvorlage und Reichstagsauflösung. Die politischen Osterferien sind von der Regierung und den ihr verbündeten Parteielementen sowie der zugehörigen Presse fleißig ausgenützt worden, um das „Volk" über die Militärvorlage des Weiteren „aufzuklären". Da es im Grunde nichts mehr aufzuklären giebt, so ist in Wahrheit die Bearbeitung der Wähler das Ziel. Die Stunde der Entscheidung rückt näher und näher, und Alle, die eine Auflösung des Reichstages zu fürchten haben, möchten die Wähler noch in letzter Stunde so weit bringen, daß sie keinerlei „Verständigung" mehr übel nehmen. Die Regierung hofft offensichtlich noch immer in erster Linie auf Verständigung. Die offiziöse Presse würde sonst schon einen ganz anderen Ton anschlagen. Sie sucht noch fortwährend das Land zu „belehren", daß die Regierung nur das unbedingt Nothwendige fordere, daß die Beibehaltung der jetzigen Präsenzstärke unmöglich sei, daß wir von allen Ländern der Welt die wenigsten Steuern für die Landesvertheidigung zahlen u. s. w.

Die ultramontane „Kölnische Volkszeitung" meint: Dies Anklammern der Regierung an die Hoffnung auf Verständigung begreift sich aus ihrer Erkenntniß, daß die Neuwahlen schlecht ausfallen würden.

Den „Münch. N. Nachr." wird aus Berlin geschrieben: „Der Bericht über die Verhandlungen der Militärkommission soll unmittelbar nach dem Wiederzusammentreten des Reichstages festgestellt werden. Es würde danach nichts im Wege stehen, die zweite Lesung der Militärvorlage etwa um den 20. April beginnen zu lassen. Es soll indessen die Absicht bestehen, sie bis zum Mai hinauszuschieben. Die Verschiebung wird mit der Reise des Kaisers begründet, der vom 20. April bis zum 1. Mai von Berlin fern sein soll. In der Abwesenheit des Kaisers, so heißt es, sollen schwerwiegende Entscheidungen, wie sie sich etwa aus den Verhandlungen über die Militärvorlage ergeben könnten, vermieden werden. Der Hauptgrund wird indessen wohl in den Arbeiten des Landtages zu suchen sein. Man will versuchen, die Steuergesetze unter Dach und Fach zu bringen, ehe die allgemein erwartete Auflösung des Reichstages erfolgt. Man nimmt, und gewiß nicht ohne Grund an, daß es unmöglich sein werde, die Berathung über sie mit Erfolg fortzuführen, während für den Reichstag Neuwahlen stattfinden. Ein Abschluß der Steuerreform aber ist wünschenswerth, da das Mandat des gegenwärtigen Hauses nur noch bis zum Herbste läuft und eine Nachsession gleichfalls schon unter dem Einfluß neuer unmittelbar bevorstehender Wahlen mißlich sein würde. Ob es freilich möglich sein wird, im Abgeordnetenhause die Steuergesetze durchzuberathen, ehe im Reichstage die Entscheidung fällt, muß zweifelhaft erscheinen. Die zweite Lesung im Plenum wird trotz der eingehenden Arbeiten der Steuerkommission sich sehr weitschichtig gestalten. Im Reichstag aber, wo alles auf die eine Frage sich zuspitzt, wie sich die Dinge nach Fall der Militärvorlage gestalten werden, kann die entscheidende Berathung auch nicht zu lange hinausgeschoben werden. Vielfach wird deshalb auch die Ansicht ausgesprochen, daß das Scheitern der Militärvorlage zugleich für das Werk des Herrn Finanzministers in Preußen verhängnißvoll werden könne."

Inzwischen werden die Aussichten auf ein Zustandekommen der Militärvorlage mit jedem Tage geringer. Jetzt hat auch die polnische Fraktion des Reichstages sich gegen deren Annahme erklärt, wenigstens äußert der „Dziennik Pozn." seine Ansicht dahin, daß die Fraktion bei der schließlichen Entscheidung an der Stelle stehen werde, die ihr die politischen wie wirthschaftlichen Interessen der polnischen Gesellschaft anweisen und diese befänden sich nicht auf Seiten der Militärvorlage.

Zur Frage der Reichstagsauflösung schreibt die „Kölnische Zeitung": „Die Konservativen werden die Militärvorlage hoch leben lassen und die Reichsregierung, welche die Vorlage ausgearbeitet hat, bekämpfen. Man sollte es nun nicht glauben, daß die Regierung es fertig bringen würde, auch die Mittelparteien in diese verzwickte Stellung hineinzudrängen. Selbstverständlich wird es der Regierung nicht vergessen werden, daß sie sich in ein Mauseloch verkroch, als es galt, eine weitere halb klerikale, halb sozialistische Verunstaltung des von der Regierung bereits genügend demokratisirten preußischen Wahlgesetzes abzuwehren. Es kann nicht ausbleiben, daß das alte kaum besänftigte Mißtrauen wieder neue Kraft gewinnt, daß das ganze Sündenregister der Regierung wieder durchgesprochen wird. Auch die Mittelparteien würden dann in der Wahlbewegung auf Schritt und Tritt erklären müssen: „Wir arbeiten für die Militärvorlage, aber glaubt um des Himmels willen nicht, daß wir Vertrauen zu der Regierung haben!" Wir glauben nicht, daß bei dieser Haltung der nationalen Parteien für die Regierung viel herauskommen würde. Es gehört also ein beneidenswerther Optimismus dazu, wenn die Regierung den Reichstag auflösen sollte, während sie die Parteien, auf die sie sich stützen muß, sich gründlich entfremdet hat."

„Zu keiner Zeit," so philosophirt die „Kreuzztg." zur Reichstagsauflösung, „mag den Parteien, wie immer sie sich nennen mögen, die eigene Zukunft dunkler vorgekommen sein, als heute. Allen ohne Ausnahme müßte der Wahlkampf, wenn er unausbleiblich würde, als der Sprung in eine Tiefe vorkommen, die Niemand zu ermessen im Stande ist." Mehr als andere Leute litten die Mittelparteien unter dieser Lage. Die Konservativen aber brauchten sich weniger zu sorgen, weil ihnen „die lebendigen Kräfte" des Antisemitismus und des Agrarierthums, oder, wie es die „Kreuzztg." nennt, der „landwirthschaftlichen Bewegung", zu Hülfe kommen.

Na, na! Aller Voraussicht nach wird auch der Konservatismus mit diesen „lebendigen Kräften" elend Fiasko machen.

Zwecks Stimmungsmache für die Militärvorlage wendet die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" alle nur erdenklichen Mittel an. So läßt sie sich aus den Reichslanden schreiben:

„Nicht blos in den Elementarschulen, sondern auch in sämmtlichen Arten der höheren Schulen Frankreichs wird der Gedanke einer Rache an Deutschland mit einer solchen Sorgfalt gehegt und gepflegt, als ob es sich um ein Gott wohlgefälliges Werk handle. Ich habe die Sache ganz genau verfolgt und muß sagen, daß in dem Maße, wie die republikanische Regierung in Frankreich sich befestigte, namentlich aber wie die Heeresmacht sich verstärkte, auch der Chauvinismus in den Schulbüchern an Inbrunst immer mehr zunahm. Eine solche Höhe aber, wie er augenblicklich erreicht hat, ist selbst in den siebziger Jahren, als die von den Deutschen geschlagenen Wunden noch frisch brannten, niemals erreicht worden. Und sogar ernsthafte Männer, die über dies Land und Leute in Deutschland so gründlich kennen, wie nur wenige Franzosen, verschmähen es nicht, jenem Moloch freudig zu opfern."

Es wird dann mitgetheilt, daß in einem von Ernest Larisse verfaßten geschichtlichen Lehrbuche Folgendes zu lesen ist:

„Frankreich ist groß, stark und friedliebend, es vergißt aber nicht und wird niemals vergessen seine dem fremden Joche unterworfenen Kinder Elsaß-Lothringens."

Aus einem anderen Schulbuche wurden folgende Sätze angeführt:

„Am Tage nach dem Kriege hat es sich wieder an die Arbeit gemacht. Ohne Schwierigkeiten hat es an die Deutschen die ungeheure Kriegssteuer von 5 Milliarden bezahlt. Während des Krieges von 1870 hat aber Frankreich seinen Kriegsruhm verloren. Es hat einen Theil seines Gebietes verloren. Mehr als 1 500 000, die unsere Departements des Ober-, des Niederrheins und der Mosel bewohnten und gute Franzosen waren, haben Deutsche werden müssen. Sie sind nicht in ihr Loos ergeben. Sie verabscheuen Deutschland: sie hoffen immer, wieder Franzosen zu werden. Um Deutschland wieder abzunehmen, was es uns genommen hat, müssen wir gute Bürger und gute Soldaten sein.

„Die französische Geschichte zeigt, daß in unserem Vaterlande die Söhne stets die Unglücksfälle ihrer Väter gerächt haben. Euch, ihr Kinder, die ihr heutzutage in unseren Schulen erzogen werdet, euch kommt es zu, eure Väter zu rächen, die bei Sedan und Metz besiegt wurden. Das ist eure Pflicht, die große Pflicht eures Lebens. Immer müßt ihr daran denken, und wenn ihr 21 Jahre zählen und unter den Waffen stehen werdet, müßt ihr gute Soldaten sein und gerne euren Anführern gehorchen, welche fest und tapfer auf dem Schlachtfelde dastehen."

Das Alles ist nichts Neues. Derartige Leistungen französischer Revanchepolitik sind längst bekannt. Aber wozu die Aufregung darüber? Wird doch von deutschen Chauvinisten und Mordspatrioten ganz in derselben Weise gesündigt. Auch bei uns giebt es patriotische Schulbücher, die in frivolster und niederträchtigster Weise zum Nationaldünkel verleiten und den Nationalitätenhaß schüren. Ja, ein gut Theil der französischen Revanchepolitik ist ohne Zweifel auf das Treiben unserer deutschen Chauvinistenbande zu setzen. Sollen etwa die Franzosen nicht davon berührt werden, wenn man in deutschen Schulen die des Prangers werthe brutale Frechheit besitzt, die Kinder singen zu lassen:

„Haut sie, daß die Lappen fliegen,
Daß sie all' die Kränke kriegen
In das klappernde Gebein!"?

Die „Norddeutsche" bemerkt zu obigen Mittheilungen: „Es wäre ein vollendetes Wunder, wenn diese Saat nicht über kurz oder lang ihre Früchte trüge. Oder sollte gar ein Theil derselben schon gereift sein? Jedenfalls hat neulich die Militärkommission der französischen Kammer wieder, einstimmig wie immer, einen unbegrenzten Kredit für Alles bewilligt, was zur Vertheidigung des Vaterlandes dienen mag. Und wir Deutsche?"

Na, wir Deutsche werden hoffentlich erleben, daß die Herbeiführung und Sicherung des Weltfriedens, der Sturz des täuschenden Verführers Nationalitätsdünkel, den Völkern gelingen wird.

Der völlige Bankerott der sogenannten Ordnungsparteien, ihr rapide fortschreitender innerer Zerfall, dem die äußere Auflösung auf dem Fuße folgt, zeigt sich besonders deutlich in dem stets wiederkehrenden Bemühen, neue Parteien aus den Trümmern der alten zu schaffen. Jetzt macht wieder ein solches Projekt von sich reden. Um einem tiefgefühlten Bedürfniß abzuhelfen, soll eine „neue bürgerliche Partei" gegründet werden unter dem Namen „Deutsche Wirthschaftspartei". Der Gründungsprospekt — pardon, Aufruf richtet sich „an die Landwirthschaft, den Handel und die Industrie" und stellt einen äußerst umfangreichen Wunschzettel auf, der so ziemlich alle reaktionären Forderungen auf allen Gebieten umfaßt. In der Hauptsache scheint es sich aber um ein Konkurrenzunternehmen gegen den „Bund der Landwirthe" zu handeln. An der Spitze des Unternehmens steht ein Dr. Stall, Herausgeber der „Deutschen volkswirthsch. Korrespondenz". eines Organs, welches die Interessen des Großgrundbesitzes und des Großkapitals aus besten, aber sehr schwachen Kräften vertritt.

In dem Programm wird verlangt: für die Landwirthschaft: 1) Intensive gesetzliche Förderung der auf Melioration des deutschen Grund und Bodens, der auf innere Kolonisation, sowie der auf Sicherung und Hebung des ländlichen Kreditwesens gerichteten Bestrebungen. 2) Genügender Zollschutz für die Erzeugnisse der Landwirthschaft und deren Nebengewerbe. 3) Deshalb keinerlei Handelsverträge, welche die deutsche Landwirthschaft zu Gunsten der Export-Industrie schädigen. 4) Schonung insbesondere der kleinen landwirthschaftlichen Nebengewerbe in steuerlicher Beziehung. 5) Absperrung der Vieh-Einfuhr aus seucheverdächtigen Ländern. 6) Eine ernste und eingehende Untersuchung darüber, welche Maßnahmen auf dem Gebiete der Währungsfrage zum Besten der Landwirthschaft getroffen werden müssen. 7) Schärfere staatliche Beaufsichtigung der Produkten-Börse, um willkürliche, das Interesse der Produzenten wie der Konsumenten gleichmäßig schädigende Preisbildungen so weit als möglich zu erschweren. Für das Handwerk: Gesetzgeberische Förderung seiner Bestrebungen auf Stärkung des Innungswesens und Schutz gegen die Konkurrenz des Pfuscherthums und des illoyalen Zwischenhandels. Für die Industrie: Bei der Gestaltung der ganzen Wirthschaftspolitik des Reiches und beim Abschluß internationaler Verträge die ausgiebigste Wahrung des Grundsatzes, daß die Kräftigung der einheimischen Industrie und deren Bevorzugung vor der ausländischen Industrie nothwendig ist für eine gedeihliche Entwicklung derselben. Außerdem heißt es in dem Programm: „Die auf dem Boden „nationaler Wirthschafts- und Sozialpolitik" stehende deutsche Industrie sowie die Landwirthschaft, das Handwerk und Kleingewerbe treten für die Solidarität ihrer Interessen gegenseitig ein. Sie tragen die Ueberzeugung, daß eine ausreichende Vertretung ihrer berechtigten Forderungen innerhalb der gegenwärtigen Organisation der politischen Fraktionen nicht stattgefunden hat und aus den in dem Aufrufe entwickelten Gründen auch zukünftig nicht stattfinden kann; sie halten daher die Begründung einer „Deutschen Wirthschaftspartei" und ein gemeinsames Vorgehen der Angehörigen dieser Partei bei den Wahlen für das einzige Mittel, um den bisherigen unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen."

Auf den Arbeiterfang scheinen die Herren Bürgerparteiler von vornherein verzichtet zu haben. Von den Arbeitern ist im ganzen Programm mit keiner Silbe die Rede. Wir nehmen das als Beweis, daß die Herren wenigstens soviel politische Einsicht besitzen, um sich zu sagen, mit der Arbeiterschaft lasse sich der politische Humbug der Gründung neuer Ordnungsparteien nicht betreiben.

Sanct Militaria. Aus Braunschweig wird der „Frankf. Ztg." geschrieben: „Es erregt hier großes Aufsehen, daß den Soldaten der hiesigen Garnison der Besuch von zwei der größten Etablissements Braunschweigs verboten worden ist. Wie es heißt, soll die Sperre noch über weitere Lokale verhängt werden. Die Wirthe werden namentlich dadurch geschädigt, daß die Militärmusik, für die hier bis jetzt kein geeigneter Ersatz vorhanden ist, nicht mehr bei ihnen spielen darf. Beabsichtigt man etwa, die Sperre über alle Lokale zu verhängen, in denen Sozialdemokraten einmal Festlichkeiten oder Versammlungen abgehalten haben, so dürfte kaum ein größeres Lokal der Stadt verschont bleiben."

Parlamentarisches. Die Reichstagsvorlagen, die noch der Erledigung harren, machen eine recht ansehnliche Zahl aus. Unerledigt sind noch folgende Regierungsvorlagen: Entwürfe, betreffend die Kontrole des Reichshaushalts; die Verwaltung des Reichsinvalidenfonds; die sogen. „lex Heinze"; das Auswanderungswesen; den Verrath militärischer Geheimnisse; das Wuchergesetz; die Abzahlungsgeschäfte; das Militär-Pensionsgesetz; das Unterstützungswohnsitzgesetz; die Bezeichnung des Waarenschutzes; den Handelsvertrag mit Columbien, und endlich das Gesetz über die Verhütung ansteckender Krankheiten (Seuchengesetz), das vom Bundesrathe nach den inhaltlich mitgetheilten Ausschußanträgen angenommen ist und dem Reichstage in den nächsten Tagen zugehen wird. Vor Allem aber bleiben noch zu erledigen: die Militärvorlage und die damit zusammenhängenden drei Steuergesetze.

Der Jesuiten-Antrag des Zentrums wird voraussichtlich im Laufe des April, vielleicht schon am ersten Mittwoch nach den Ferien, auf die Tagesordnung des Reichstages kommen. Nach Beginn der zweiten Lesung der Militärvorlage dürfte von Abhaltung der sogenannten Schwerinstage Abstand genommen werden.

Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung des Reichstages nach den Ferien (13. April) steht der Antrag Menzer um Reichshülfe für die Tabakbauern. Fürst Bismarck hat einmal gesagt: „Der Appell an die Furcht findet keinen Widerhall in deutschen Herzen". Aber die konservative Partei geht von dem Grundsatze aus, daß der Appell an den Eigennutz jederzeit Widerhall in weiten Kreisen finde. Und damit irrt sie sich nicht. Man meldet der „Voss. Ztg." aus Speier, 4. April:

Gestern fand hier eine aus Baden und Hessen, der Pfalz und den Reichslanden stark besuchte Versammlung von Tabakbauern statt, die in einer Erklärung die Regierung aufforderte, Alles zu thun, um dem deutschen Tabakbau die frühere volle Lebensfähigkeit gegenüber dem ausländischen Wettbewerb wiederzugeben. Verschiedene Redner erklärten unter tosendem Beifall der Versammlung, daß die Landwirthe sämmtlich sozialistisch stimmen würden, wenn die Regierung ihnen nicht helfe, um auf diese Weise ihre Unzufriedenheit auszudrücken. Sämmtliche Parteien nützten den Bauern nichts, es müsse deshalb eine Bauernpartei gegründet werden. Der Reichstagsabgeordnete Clemm wollte widersprechen, aber er konnte kaum zum Wort kommen. Begrüßungstelegramme an den Kaiser, den Prinzregenten von Baiern, den Großherzog von Baden und den Großherzog von Hessen wurden abgesandt und die Gründung eines pfälzischen Bauernvereins beschlossen."

Die „Voss. Ztg." bemerkt hierzu:

„Die Drohung mit der sozialdemokratischen Stimmabgabe paßt vortrefflich zu den Loyalitätsgrüßen an den Kaiser und die Fürsten der Einzelstaaten. In der Erkenntniß, daß die Bauern von der deutschkonservativen Partei trotz des Antrages Menzer wenig zu erwarten haben, gehen die Bauern sicher nicht fehl. Wenn sie darum gleich von der äußersten Rechten oder allenfalls dem Nationalliberalismus zur Sozialdemokratie übergehen wollen, falls ihre Wünsche nicht erfüllt werden, so stellen sie freilich ihrer politischen Einsicht und ihrer Selbstlosigkeit kein besonders günstiges Zeugniß aus."

Uns macht es immer viel Vergnügen, zu beobachten, wie mit Hülfe des rothen Butzemanns Interessenpolitik getrieben wird.

Zum Reichsseuchengesetz. Es bestätigt sich, daß das Plenum des Bundesrathes die Ausschußanträge zum Reichs-Seuchengesetz mehrfach zu Gunsten der Herstellung der ursprünglichen Vorlage abgeändert hat. Die Einrichtung eines Reichs-Gesundheitsrathes, welche die ursprüngliche Vorlage enthielt, hat im Plenum zu umfangreichen Erörterungen geführt. Das Plenum soll die Einrichtung des Gesundheitsrathes wiederhergestellt haben. Im Reichstage dürfte der Entwurf noch zu umfangreichen Debatten führen. Seine Ueberweisung an eine Kommission, in der auf die Vertretung des Sachverständigen-Elements besonders Rücksicht genommen werden dürfte, gilt als zweifellos.]

Zur Reichstagsersatzwahl in Dortmund hat endlich auch das Zentrum einen Kandidaten gefunden. Die „Köln. Volksztg." berichtet darüber aus Dortmund: „Nachdem Hr. Frhr. v. Schorlemer-Alst abgelehnt hatte, wandte der Vorstand des Zentrums-Vereins durch eine Deputation sich an den Landtags-Abgeordneten Oberlandesgerichtsrath Nören in Köln, doch gleichfalls ohne Erfolg. In letzter Stunde hat dann Herr Verleger und Stadtverordneter Lamb. Lensing hierselbst, nachdem er wiederholt abgelehnt hatte, zur Uebernahme der Kandidatur sich bereit finden lassen. In einer heute stattgefundenen, zahlreich besuchten Vertrauensmänner-Versammlung der Zentrumspartei wurde Herr Lensing einstimmig zum Kandidaten proklamirt. Es ist unzweifelhaft, daß diese Lösung eine recht glückliche für die Zentrumspartei ist."

Die „Köln. Volksztg." ist klug genug, zu verschweigen, warum Herr Lensing ursprünglich die Annahme der Kandidatur verweigerte. Er war der offiziellen Zentrumsleitung ebensowenig genehm, wie Herr Fusangel in Olpe-Meschede. Die bösen Erfahrungen, welche die Zentrumsleitung im letzteren Wahlkreise gemacht hat, haben sie offenbar bewogen, mildere Saiten aufzuziehen, damit nicht in Dortmund eine zweite Auflage der Vorgänge in Olpe-Meschede zu Tage trete. Die Parteileitung ist in Dortmund so klug gewesen, dem Wunsch der Wähler nicht entgegenzutreten. Was sonst kommen konnte, hat sie ja in Olpe-Meschede gesehen. Mitentscheidend bei dieser Stellungnahme mag gewesen sein, daß es sich in Dortmund um einen Wahlkreis handelt, bei dem das Zentrum nur dann auf einen Erfolg rechnen kann, wenn es sich geschlossen vorgeht. Der bisher durch den Nationalliberalen Möller vertretene Kreis, in dem übrigens Wahlbeeinflussungen stets an der Tagesordnung waren, hatte im Jahre 1890 nicht weniger als 51 810 Wahlberechtigte, von denen damals für das Zentrum 10 191 votirten, während die Nationalliberalen 11 815, die Sozialdemokraten 10 422, die Freisinnigen 4157 und die Demokraten 1294 Stimmen erhielten. Auch 1092 antisemitische Stimmen wurden schon bei den letzten Wahlen in diesem buntscheckigen Kreise gezählt. Wenn dem Zentrum es nicht gelungen wäre, einen der gesammten Wählerschaft zusagenden Kandidaten zu finden, so würde es von vornherein die Aussicht verloren haben, überhaupt nur in die Stichwahl zu kommen.

Fünf Kandidaten sind nunmehr fest nominirt: unser alter Genosse Tölcke, der Nationalliberale Möller, der Zentrumsmann Lensing, der Freisinnige Rechtsanwalt Eickhoff-Duisburg und der Demokrat Rechtsanwalt Kohn-Dortmund. Ob die Antisemiten noch einen Kandidaten finden werden, ist noch nicht sicher.

Warum die Konservativen antisemitisch geworden sind, plaudert die „Kreuzzeitung", gestachelt durch einige Auslassungen des guvernemental-konservativen Herrn von Helldorff, ganz unverblümt aus. Letztgenannter hatte sich in der Schlußnummer seines „Konservativen Wochenblattes" an die konservative Partei gewandt und u. A. an der geplanten Neuorganisation der Partei gerügt, daß sie an Stelle der bisherigen ruhigen Geschäftsbehandlung die „Kräfte aus der Tiefe" wirksam machen wolle. Die „Kreuzzeitung" vertheidigt den neuen Plan und macht dabei folgende interessante Bekenntnisse:

„Was ist die Frucht dieser Thätigkeit (der bisherigen Art der Parteileitung) gewesen, wie sie seit der Kartellzeit, bis zur Umgestaltung unseres Programms, sich hat erproben dürfen? Wie jeder halbwegs Kundige bezeugen kann, nur die, daß die Partei in ihrem inneren wie in ihrem äußeren Zusammenhalt bedenklich erschüttert schien — der Verlust mehrerer Mandate bei den Ersatzwahlen zum Reichstage in den letzten Jahren hat das deutlich genug gezeigt — die Mittel zu versiegen begannen und immer größere Kreise der Wähler offen mit ihrem Uebergang in das antisemitische Lager drohten. So haben die Dinge vor Jahresfrist thatsächlich ausgesehen; wir sind von einer schweren Krisis bedroht gewesen, von einer Krisis, bei der es sich nahezu um Sein oder Nichtsein handelte und die nur durch die sogenannte „Thorheit von Tivoli" abgewendet werden konnte."

Kurz und bündig zusammengezogen heißt das: Weil der Bauernfang mit den rein agrarischen Mitteln nicht mehr gehen wollte, spannte man den Antisemitismus vor den Wagen, der jetzt den Schild abgeben muß, hinter welchem die Junker ihrer agrarischen Begehrlichkeit um so ungenirter glauben die Zügel schießen lassen zu können.

Ein Dementi. — Von dem Abg. Dr. Th. Barth liegt bereits eine Erklärung über das gestern erwähnte „Interview" vor. In der Erklärung heißt es: „Die „Deutsche Zeitung" habe ich nicht zu Gesicht bekommen. Was aber der „Hannoversche Courier" über meine Unterhaltung mit dem Redaktör der „Deutschen Zeitung" bringt, bedarf, glaube ich, keines formellen Dementis. Ich pflege in der „Nation" alle acht Tage mich in Artikeln mit Namensunterschrift und auch sonst rednerisch über öffentliche Angelegenheiten zu äußern. Es liegt auf der Hand, daß man unter solchen Umständen nicht einem Herrn, der sich als Interviewer einführt, Mittheilungen macht, die mit den seit Jahren öffentlich dokumentirten Anschauungen zum Theil in direktem Widerspruch stehen." — Außer lobend über die Sozialdemokratie sollte Dr. Barth sich auch höchst ungünstig über die Stellung seiner Fraktion zur Militärvorlage ausgesprochen haben.

Die disziplinarische Versetzung des Oberamtsrichters Schindler in Baden hängt, wie die „Frkf. Ztg." jetzt erfährt, mit der Rede des Genannten gegen Konservative und Junker nicht zusammen, sondern mit einem Disziplinarverfahren, das seit mehreren Monaten schwebte und mit der Zustimmung des Herrn Schindler in seiner Versetzung endigte.

Der Gothaer Landtag hat den erwähnten Antrag, der sich mit den Gefängniß-Geheimnissen in Ichtershausen befaßt, abgelehnt und zwar mit 18 gegen 10 Stimmen. „Die Linke," meldet das „Berliner Tageblatt", stimmte „getheilt", d. h. ein Theil der Liberalen gab zu der Mißwirthschaft seinen parlamentarischen Segen. Dieser „Liberalismus" erscheint in immer herrlicherem Strahlenkranze.

„Moral im Handel und die Gesetzgebung." Unter diesem Titel brachte kürzlich die in Berlin erscheinende „Handels- und Gewerbezeitung" (Organ für Kaufleute und Industrielle) einen Leitartikel, der von der